Verfolgte Christen weltweit

Informationen zur Ausstellung

Kirche in Not
Aide à l'Église en Détresse
Aid to the Church in Need
ACN SCHWEIZ LIECHTENSTEIN

Christenverfolgung nimmt zu

Steigen wir doch gleich ein wenig steil ein:
Manche scheuen sich, unser Thema genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn sobald man sachlich und so objektiv wie möglich das Phänomen Christenverfolgung benennt, kommt man nicht umhin, mit dem Finger auf Angehörige anderer Religionen und Weltanschauungen zu zeigen, so unangenehm dies einem auch sein mag.

Religiöser Extremismus nimmt weltweit und quer durch die Weltreligionen zu – es scheint, als sei es ein sich gegenseitig hochschaukelndes Phänomen –, aber das Christentum bildet eine löbliche Ausnahme, sofern man auf Zahlen und Fakten blickt.

Freilich gibt es Christen, die andere wegen deren Religion verfolgen, beispielsweise Rechtsextreme in Europa, und natürlich sind Christen wie andere Menschen auch für viel Unrecht und Gewalt verantwortlich. Aber es gibt nicht viele Fälle, in denen dieses Unrecht ausdrücklich im Namen des Christentums verübt wird.

Wohl darum, weil sich jemand, der andere aufgrund ihrer Religion verfolgt, nicht auf Jesus berufen kann. Deshalb waren die grossen Irrungen der Kirchengeschichte wie etwa Kreuzzüge oder Zwangsmissionierungen zeitlich vergleichsweise begrenzt. Sehr schnell wurden in diesen Phasen jeweils Stimmen vernehmbar, die an den Mann aus Nazareth erinnerten.

Über diese Aussagen kann man freilich diskutieren – und sobald das geschieht, ist es ein Erfolg der Ausstellung. Menschen zum Nachdenken zu bringen, ist ihr erklärtes Ziel. Ihre Motivation hingegen liegt aber in der Solidarität mit Glaubensgeschwistern. **«Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben»**, sagt Jesus (Joh 15,5).

Dies heisst nichts weniger, als dass jede und jeder Gläubige ein Teil Jesu ist. Und somit, dass Solidarität mit Glaubensgeschwistern Solidarität mit ihm selbst bedeutet. Darum will diese Ausstellung nicht nur informieren, sondern auf ungewohnte Art auch mitten in christliche Spiritualität hineinführen.

Verantwortlich für die Ausstellung: Kirche in Not Schweiz/Liechtenstein
Textautor: lic.theol. Christoph Klein, Altstätten

Ägypten

Die Al-Azhar-Universität in Kairo gilt als höchste Lehrinstanz im sunnitischen Islam. Seit der Entmachtung Mursis zeigen sich hier zaghafte Zeichen einer theologischen Öffnung zu etwas mehr Toleranz anderer Religionen hin, aber beispielsweise wird Gewalt gegen abtrünnige Muslime immer noch gerechtfertigt.

2012 bis 2014 wurde das Land von Muhammad Mursi regiert, einem Vertreter der islamistischen Muslimbruderschaft. Mursi wurde vom Militär entmachtet; ihm wurden die Islamisierung des Landes und schlechte Verwaltung vorgeworden. Seitdem ist das Land tief gespalten zwischen Anhängern des neuen Präsidenten Abdelfattah as-Sisi, der mit eiserner Hand regiert, und Mursi-Anhängern.

2014 stimmten 98% der Wähler für die neue Verfassung, die zwar die Scharia als Hauptquelle des Rechts bezeichnet, doch Diskriminierung aufgrund der Religion, die Einschränkung der Religionsfreiheit sowie politische Parteien mit religiösen Bestrebungen verbietet. Allerdings wird die Konversion vom Islam zu einer anderen Religion staatlich nicht anerkannt, und auch andere Gesetze und Vorschriften benachteiligen immer noch die Christen.

Am 9. April 2017 kamen bei zwei Selbstmordanschlägen 44 Kopten ums Leben, am 26. Mai bei einem Überfall 28 Kopten. Urheber aller drei Taten war der sogenannte Islamische Staat, der sich besonders auf der Sinai-Insel eingenistet hat.

Die Kopten beklagen alltägliche Diskriminierungen, Angriffe und Entführungen ohne korrekte Strafverfolgung, Zwangskonvertierungen zum Islam und Zwangsehen von Koptinnen mit Muslimen.

Die meisten Christen unterstützen as-Sisi als eine Art **«geringeres Übel»** – vergleichbar der christlichen Unterstützung für Assad in Syrien. _

Irak

Erzbischof Casmoussa während einer der ersten Gottesdienste nach der Rückkehr der Christen in Karakosch, Ninive-Ebene.

Vor 2003 lebten rund 1.4 Millionen Christen im Land; heute sind es weniger als 250'000.

Der sogenannte Islamische Staat trieb 2014 Christen, andere religiöse Minderheiten wie die Jesiden, aber auch Sunniten, die seine Verbrechen verurteilten, aus dem Land oder in den kurdischen Teil des Irak, von wo aus allerdings die meisten Flüchtlinge ins Ausland weiterziehen wollten. **Denen, die nicht aus ihrer Heimat flohen, drohte oft der Tod.**

Von den Christen stammten fast alle Flüchtlinge aus der Ninive-Ebene, und nach der Vertreibung des IS 2017 motivierten sich viele derer, die im kurdischen Teil ausgeharrt hatten, zur Rückkehr in ihre Dörfer und bauten sie – auch mit Hilfe von Kirche in Not – wieder auf. Doch die Wunden sind tief – nicht nur an den Gebäuden, sondern vor allem in den Seelen der Menschen, die grosse Gewalt erlitten oder gesehen haben. Wie etwa auch die Jesiden fühlen sich die Christen im Irak vielfach diskriminiert, obwohl die Verfassung alle Religionsgruppen gleichermassen schützt. Allerdings bezeichnet sie den Islam als Staatsreligion und als Quelle der Gesetzgebung. Mit Berufung auf diesen Grundsatz ist es beispielsweise Muslimen nicht erlaubt, die Religion zu wechseln.

2016 wurde ein Alkoholverbot eingeführt, das einigen Christen die Existenzgrundlage raubte, und seit 2017 sind kurze Röcke und Stöckelschuhe an Hochschulen verboten, da sie nicht mit der islamischen Werten vereinbar seien.

Insgesamt kann man im Irak einen Trend in Richtung einer stärkeren Islamisierung feststellen – nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch auf der Ebene der Bevölkerung. Für die ursprünglichen Bewohner des Irak, die Christen, verheisst dies wenig Gutes. _

Indien

Alltag im multireligiösen Indien

In Indien ist eine Erosion des Zusammenhalts verschiedener Bevölkerungsgruppen zu beobachten: So geht die Schere zwischen Arm und Reich, die hier bereits so weit geöffnet ist wie kaum woanders, weiter auseinander – etwa im Zuge gigantischer Wirtschaftsprojekte der Regierung Narendra Modi.

Diese nämlich, so Erzbischof Thomas Menamparampil von Guwahati, «nutzen den wenigen Privilegierten, der Elite, die die schwächeren Gesellschaftsschichten – die benachteiligten Kasten und die Adivasi (Nachfahren der indischen Ureinwohner) – marginalisiert; deren Land wird an multinationale Konzerne gegeben, Mineralvorkommen aus diesen Gebieten werden an die grossen Geldsäcke ausverkauft…»

Gegen die ungleiche Verteilung des Reichtums protestiert man in Indien zunächst einmal weniger als man es etwa in Europa tun würde, da die hinduistisch geprägte Gesellschaft auf der grundlegenden Verschiedenheit der Kasten beruht. Aber die Regierungspartei BJP braucht die grossen Massen dennoch – daher setzt sie, vor allem auf Ebene der einzelnen Bundesstaaten, auf die hindu-nationalistische Karte: **So werden die heiligen Kühe mehr denn je geschützt.** In Rajasthan gibt es ein Kuhministerium, und in Gujarat wandert man für illegale Rinderschlachtung neuerdings lebenslänglich ins Gefängnis.

Was Nicht-Hindus aber noch mehr trifft, sind die in sechs der 29 Bundesstaaten erlassenen Anti-Konversionsgesetze, denen enen zufolge werden Zwangskonversion und Konversion anhand «betrügerischer Mittel» unter Strafe gestellt. Christen im Land stellen sich die Frage, ob die Regierung solche Gummiparagraphen benötigt, um die hinduistische Bevölkerungsmehrheit (und damit die eigene Wählerbasis) aufrecht zu erhalten. _

Mexiko

Schrecklicher Fund: Ein Massengrab in Veracruz, Mexiko

Mexiko ist mit Abstand das gefährlichste Land für Priester. Der genannte Fall Contreras war der dritte Priestermord im April 2018 und der 26. innert sechs Jahren. In den ländlichen Regionen, wo die Staatsgewalt gegenüber der organisierten Kriminalität am schwächsten dasteht, sind die Konflikte am schwersten.

Die Bischöfe fordern Gerechtigkeit, die Behörden folgen den Aufrufen ab und zu, aber verlieren oft das Interesse an den Fällen, sobald die mediale Aufmerksamkeit wieder abgenommen hat.

Die Motivation für die Verbrechen liegt für die organisierte (Drogen-)Kriminalität darin, dass sie die Zivilgesellschaft gezielt schwächen will, um sie selbst zu regieren, oft nach der Devise **«Silber oder Blei»: Geld zahlen und mitspielen oder ermordet werden.**

Priester spielen oft nicht mit. Und sie tragen durch ihre Arbeit viel zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Zudem haben sie durch die Beichte Wissen, das die kriminellen Vereinigungen fürchten. Zuweilen kommt es auch vor, dass sich ein Priester zur Kollaboration mit einer Verbrecherbande zwingen lässt, um nicht fliehen zu müssen und so seine Gemeinde im Stich zu lassen. Kommt dann eine andere Verbrecherbande an die Macht, gilt der Priester als zum Feind gehörig – und muss sterben.

Ein Bischof im Bundesstaat Guerrero hat es 2018 geschafft, mit den Drogenkartellen einen Deal auszuhandeln, damit im bis Sommer des Jahres dauernden Wahlkampf keine Priester und Bürgermeisterkandidaten mehr umgebracht würden. Dies hat ihm viel Kritik eingebracht, aber er hat nur das getan, was der Staat oft nicht schafft: Die Bürger zu beschützen.

Diese leben in Mexiko jedenfalls gefährlich – **2017 lagen zwölf der 50 gewalttätigsten Städte der Welt in Mexiko; mehr als 29'000 Menschen im Land wurden in jenem Jahr ermordet; 2018 waren es 33'500.** _

Pakistan

Nach der Aufhebung des Todesurteils gegen Asia Bibi, die neun Jahre wegen Blasphemie im Gefängnis sass, protestierten im November 2018 tausende fanatisierter Muslime. Das Gericht knickte zunächst ein, doch mittlerweile konnte Asia Bibi das Land verlassen.

Nach seiner Trennung von Indien wurde Pakistan 1947 als säkularer Staat gegründet. Eine starke Islamisierung erfuhr das Land während der Diktatur von Zia u-Haq (1977–1988).

Auf das Jahr 1986 gehen die Blasphemiegesetze zurück, die Meinungs- und Religionsfreiheit massiv einschränken, indem sie das Schänden des Koran und das Beleidigen des Propheten strafbar machen – bis hin zu lebenslanger Haft und Todesstrafe. Diese Gesetze schweben als ständiges Damoklesschwert über allen Bewohnern des Landes. **Im November 2015 entschied der Oberste Gerichtshof, dass die Diskussion über die Blasphemiegesetze an sich noch keine Blasphemie darstelle, doch faktisch ist jede Diskussion darüber unmöglich.**

Die «Bewegung zur Verteidigung des Propheten» ist ein Kollektiv von Anwälten, das Personen ermutigt, Anzeige gegen einen vermeintlichen Blasphemiker zu erstatten und die kostenlose Übernahme eines solchen Falles anbietet, so dass es jährlich zu hunderten solcher Anklagen kommt. Während der Staat aber noch kein Todesurteil wegen Blasphemie vollstreckt hat, sondern mittlerweile bereits 40 Verurteilte in ihren Todeszellen warten, greift die Bevölkerung diesbezüglich immer wieder zur Selbstjustiz: **Seit 1990 wurden im Zusammenhang mit Blasphemie 65 Menschen gelyncht.**

Nach Ansicht vieler sei das Hauptproblem im Land nicht die Gesetzeslage, sondern die Art und Weise, wie die Gesetze angewandt würden, sowie die Untätigkeit der weitgehend korrupten Polizei, die Christen feindselig gegenüberstehe und diese als unrein wahrnehme, so Wilson Chowdhry, Vorsitzender der Britisch-Pakistanischen Christliche Vereinigung.

Diese Untätigkeit führt auch dazu, dass islamistische Attentate – gegen christliche, hinduistische, aber auch gegen muslimische Einrichtungen – oft kaum geahndet werden. _

Bosnien-Herzegowina

Altstadt von Sarajevo

Unter den 48% Muslimen im Land ist fast jede islamische Bewegung vertreten, darunter auch Salafisten. Zahlreiche Moscheen wurden von Malaysia, Saudi-Arabien, Jordanien, Indonesien und anderen muslimischen Ländern gestiftet.

Der aus Saudi-Arabien stammende radikalislamische Wahhabismus gelangte Anfang der 1990-er Jahre ins Land, als ausländische Kämpfer den bosnischen Muslimen halfen.

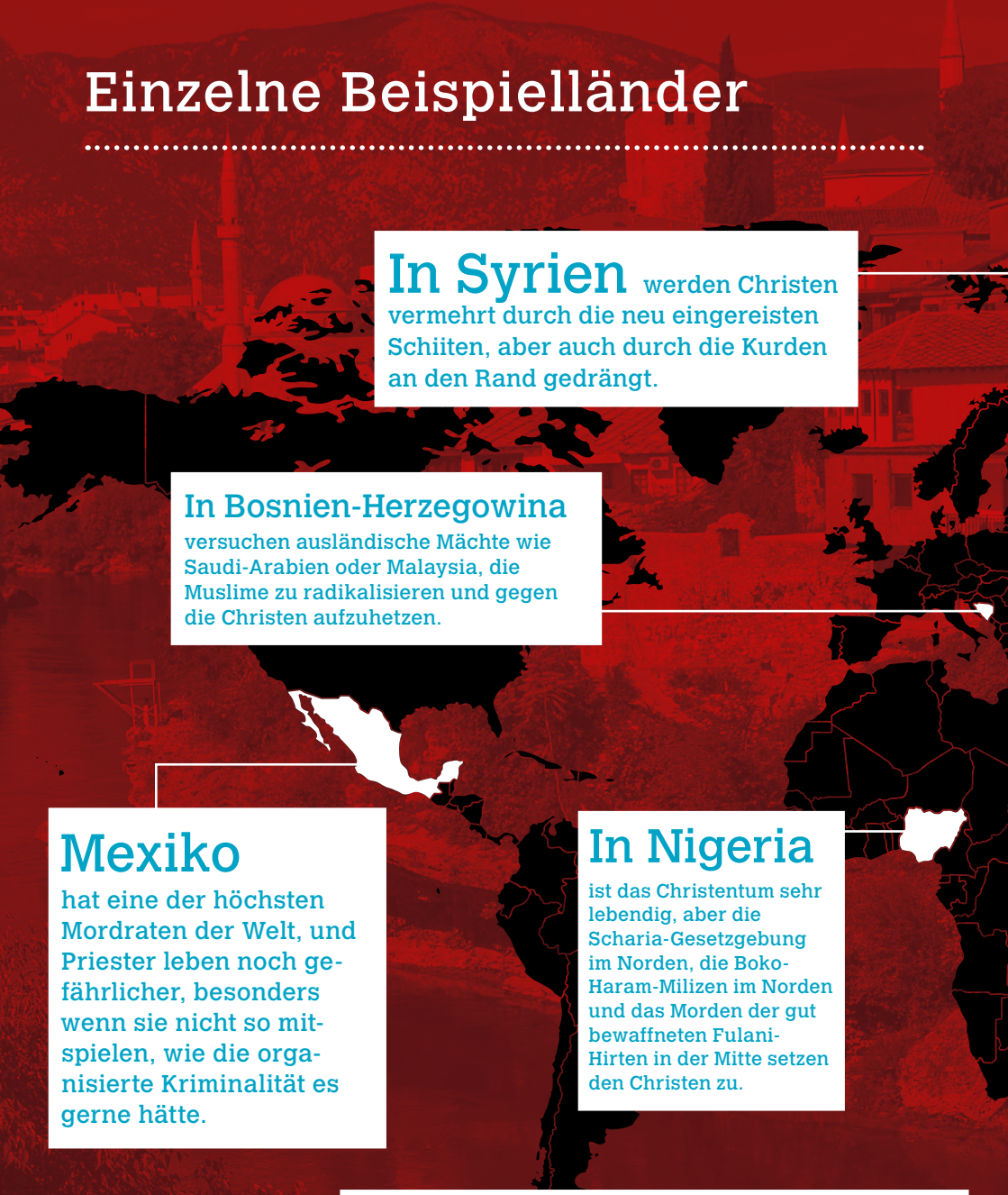
In unserem Jahrhundert kommt es immer mehr zu Konflikten zwischen radikalen und den zahlenmässig viel stärker vertretenen gemässigten Muslimen – bis dahin, dass das gegenwärtige Oberhaupt der Islamischen Gemeinschaft, Husein Kavazovic, wegen einer Morddrohung durch den sogenannten Islamischen Staat unter Polizeischutz gestellt wurde.

Berichten zufolge haben sich mehrere muslimische Oberhäupter zunehmend radikalisiert – grösstenteils als Antwort auf die als unzureichend empfundene internationale Hilfe für die Muslime im Land. Schätzungsweise 64 illegale islamische Gemeinschaften sind im Land derzeit aktiv; sie gelten als Brutstätten des Extremismus.

Die Gründung eines Interreligiösen Rates 1997 gilt als erfreulicher Wendepunkt in der Religionsgeschichte des Landes, doch sind Ungleichbehandlungen weiterhin offensichtlich: **So wurden nach Kriegsende 1995 etwa in der Hauptstadt Sarajevo Dutzende neue Moscheen errichtet, jedoch wurde keine einzige neue Kirche genehmigt.**

Die faktische Seite der Religionsfreiheit wird sich aller Voraussicht nach mittelfristig kaum verbessern, da die politische Handlungsbereitschaft gering ist – und zugleich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. _

Einzelne Beispielländer



In Syrien werden Christen vermehrt durch die neu eingereisten Schiiten, aber auch durch die Kurden an den Rand gedrängt.

In Bosnien-Herzegowina versuchen ausländische Mächte wie Saudi-Arabien oder Malaysia, die Muslime zu radikalisieren und gegen die Christen aufzuhetzen.

Mexiko hat eine der höchsten Mordraten der Welt, und Priester leben noch gefährlicher, besonders wenn sie nicht so mitspielen, wie die organisierte Kriminalität es gerne hätte.

In Nigeria ist das Christentum sehr lebendig, aber die Scharia-Gesetzgebung im Norden, die Boko-Haram-Milizen im Norden und das Morden der gut bewaffneten Fulani-Hirten in der Mitte setzen den Christen zu.

In Ägypten gehören die meisten Christen zu den Kopten. Diese leiden einerseits unter einzelnen islamistischen Anschlägen, andererseits aber unter Diskriminierungen im Alltag.

Die führenden Medien im «Westen» berichten, wenn man etwa die Zahl an Ermordeten zum Massstab nimmt, stark unterproportional über Christenverfolgung. Die für die Ausstellung ausgewählten Länder repräsentieren nur einen Bruchteil des Phänomens.

Im Irak

wurde die Zahl der Christen nicht nur durch den sogenannten Islamischen Staat stark dezimiert, sondern auch nach dessen Vertreibung leiden sie unter einer zunehmenden Islamisierung und verlassen oft das Land.

In Nordkorea

werden Christen von allen «Staatsfeinden» am schlimmsten behandelt. Wer betet oder eine Bibel weiter gibt, kann gekreuzigt oder lebendig verbrannt werden.

In Indien

erstarkt – besonders seit der Präsidentschaft von Narendra Modi – der Hindu-Nationalismus, der sich besonders gegen die religiösen Minderheiten wie Islam und Christentum richtet.

Die

Philippinen

weisen ganz im Süden eine islamische Bevölkerungsmehrheit auf. Dort kommt es immer wieder zu Übergriffen gegen Christen. 2017 kam eine Stadt monatelang in die Kontrolle von Terroristen.

Ökumene der Märtyrer

Dass die Christenheit in verschiedene Konfessionen zerfallen ist, die sich gegenseitig von der Feier der Eucharistie ausschliessen, ist ein Ärgernis, denn schliesslich hatte Jesus gesagt: «Ihr sollt eins sein!» Gerade die Verfolgung kann die Christen nun aber dazu zwingen, den Blick auf den Kern zu fokussieren: Auf den lebendigen Christus.

Märtyrer geben ihr Leben aus Liebe zum Glauben, wobei «Glaube» mehr ist als das Fürwahrhalten bestimmter Aussagen, sondern Vertrauen bedeutet – ganz im Sinne des Alten wie auch des Neuen Testaments. Ein christlicher Märtyrer vertraut also Jesus Christus so sehr, dass er sagen kann: **Komme was da wolle.** Grössere Freundschaft ist nicht vorstellbar.

Zeugnisse einer solchen Freundschaft haben Magnetwirkung auf andere, darum sagte der Kirchenvater Tertullian (ca. 160–220): «Das Blut der Märtyrer ist der Same der Kirche.»

Der Wahrheitsgehalt dieser Aussage wurde damals offenbar, als unzählige Christen in den Tod gingen, weil sie keine römischen Götter verehrten und auch dem Kaiser keine religiöse Verehrung erwiesen – und das Christentum sich unterdessen immer mehr ausbreitete.

Dieser Effekt ist auch heute zu sehen: So erleben Christen etwa im Nahen Osten oder auch in Indien keineswegs nur Ablehnung und Verfolgung, sondern auch, dass ihr klares Profil als gläubige Menschen stark auf ihre Mitmenschen wirkt.

Zugleich vereint ein Martyrium Christen verschiedener Konfessionen untereinander, denn eine Frau oder ein Mann, die oder der für Christus ihr oder sein Leben gelassen hat, ist mit allen eng verbunden, die ebenfalls eine tiefe Liebe zu ihm empfinden. Dann aber stellt sich die von Papst Franziskus treffend formulierte Frage: **«Wenn die Diktatoren uns Christen im Tod vereinen – wie kommen wir dann dazu, dass wir uns im Leben trennen?»**

In der Konsequenz vereint dann aber jede Art von Verfolgung – angefangen mit subtiler Benachteiligung am Arbeitsplatz – die Christen untereinander.

Heute, wo es so viele christliche Märtyrer gibt wie nie zuvor, müssen Christen deshalb neu aufein-

80% der aus religiösen Gründen Verfolgten sind Christen.

ander zugehen, in allen vier Grundvollzügen der Kirche: In der Diakonie, etwa in gemeinsamen Projekten, in der Liturgie, also im gemeinsamen

Sonntagsmesse im Kloster Mor Gabriel, der Hochburg der türkischen Aramäer

Beten, in der Lehre, also auch durch inhaltsbezogenes, wohlwollendes gemeinsames Ringen um die Einheit, und schliesslich auch dadurch, dass man christliche Gemeinschaft als etwas begreift, das über die eigene Konfession hinaus geht. Die Ökumene weiter zu bringen, ist somit keineswegs nur etwas für Theologie-Profis.

Es sind konfessionsübergreifend alle Christen gemeinsam, die den Leib Christi bilden. Die Einheit ist schon vorgegeben. Für alle gemeinsam gilt der Gedanke des Paulus: **Wenn ein Glied des Leibes leidet, dann leidet der ganze Leib; wenn ein Glied sich freut, dann freut sich der ganze Leib.** _

Nige

Massenbegräbnis im Bundesstaat Benue, 22. April 2018

Blutige Angriffe militanter Viehhirten der muslimischen Volksgruppe der Fulani, die sich vor allem gegen christliche sesshafte Bauern richten, haben seit 2010 mehrere tausend Tote gefordert.

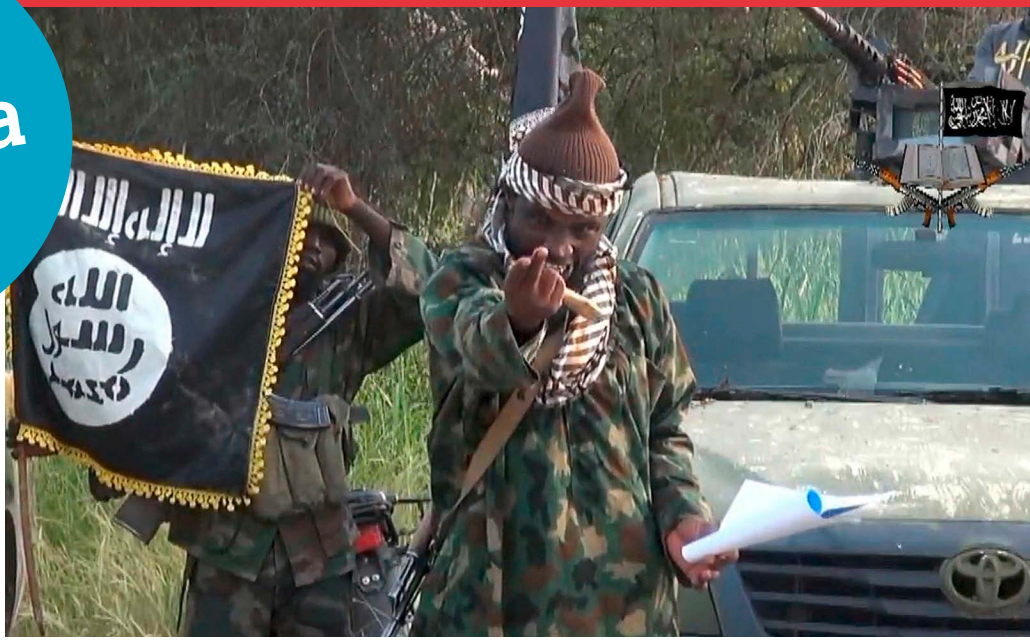
Dieser Konflikt um Landnutzung, Kultur und Religion spielt sich vor allem in der multiethnischen Region ab, die Middle Belt genannt wird. Er wird verschärft durch den unaufhaltsamen Zustrom von Flüchtlingen aus dem Norden, die vor den dortigen bewaffneten Auseinandersetzungen Zuflucht suchen, und er wird zusätzlich befeuert durch Islamisten, die sich durch den Wahhabismus saudi-arabischer Prägung inspirieren lassen und die Fulani gegen die Sesshaften aufhetzen.

«Wer finanziert die hochmodernen Waffen der Fulani?», fragt Bischof Wilfred Chikpa Anagbe (Diözese Makurdi) und hegt eine naheliegende Vermutung: «Es gibt einen Plan, den derzeit christlich dominierten Middle Belt zu islamisieren.»

In den beiden Bundesstaaten Benue und Nassarawa verübten im April 2018 die Fulani jeweils mehrere Massaker in christlichen Dörfern. Die Angriffe begannen mit dem Anschlag auf eine gut besuchte Frühmesse, dem 19 Gläubige zum Opfer fielen, darunter auch zwei Seelsorger. Diese hätten fliehen können, harrten aber bei ihrer Gemeinden aus.

Die katholischen Bischöfe Nigerias riefen nach den Verbrechen mit Blick auf das Versagen der Regierung und der Sicherheitskräfte Nigerias Präsident Buhari zum Rücktritt auf: «Es ist Zeit, dass der Präsident einen ehrenwerten Weg einschlägt und in Erwägung zieht, Platz zu machen, um die Nation vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren (...) Wie kann die Bundesregierung untätig bleiben, während die Sicherheitskräfte das Weinen und Klagen der hilflosen, unbewaffneten Bürger nicht hören wollen? **Heute fühlen wir Christen uns in einer Nation verraten und im Stich gelassen, der wir alle gedient haben und für die wir gebetet haben.»** _

ria



Die Terrorgruppe Boko Haram präsentiert sich in einem Video.

Im Nordosten Nigerias sowie in den Nachbarländern Kamerun, Tschad und Niger verbreitet die dschihadistische Boko-Haram-Miliz Krieg und Terror. Seit 2009 gab es mehr als 20'000 Todesopfer, Christen wie auch Muslime; 2.6 Millionen wurden vertrieben; Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Diese Armen sind für islamischen Terrorismus besonders anfällig, zumal Boko Haram gut finanziert ist.

Tausende Frauen und Jugendliche wurden entführt, versklavt oder von Milizen und Terrorgruppen zwangsrekrutiert. Nach offiziellen Angaben geht das nigerianische Militär in Kooperation mit den Nachbarstaaten seit 2015 gegen Boko Haram vor. Die militanten Islamisten wurden zwar zerschlagen, aber bis heute nicht vollständig eliminiert.

Präsident Buhari hatte die Bekämpfung von Boko Haram zu einem Schwerpunkt seiner Präsidentschaft erklärt, doch auch wenn er schon mehrfach den Sieg über die Terrorgruppen verkündete, kann davon nicht die Rede sein. **So gab es im Land 127 Boko-Haram-Angriffe 2016, gefolgt von 150 Angriffen 2017. 2018 gingen die Opferzahlen zurück, doch die Terrorsekte ist immer noch aktiv.**

Das Leben für Christen im Norden Nigerias ist aber noch aus einem zweiten Grund schwierig: **In 12 Bundesstaaten gilt die Scharia – mit brutalen Strafen wie Stockschlägen, Amputationen und Steinigungen.** Die Vereinbarkeit mit der religionsneutralen Bundesverfassung wird dabei kontrovers diskutiert. Es ist möglich, dass Nigeria aufgrund der ethnischen und religiösen Spannungen auseinanderbricht. _

Philippinen

Während der Rückeroberung von Marawi, der grössten Stadt von Mindanao, aus der Hand von Islamisten. Maute ist eine philippinische Variante des sogenannten Islamischen Staates, sodass Marawi als «Mossul der Philippinen» bekannt wurde.

Nach der Marcos-Diktatur wurde 1987 eine neue Verfassung eingeführt, die die Religionsfreiheit festschreibt und Religion und Staat voneinander trennt. Dies funktioniert in dem überwiegend katholischen Land recht gut, wenngleich in jüngster Zeit die Staatsführung die Kirche gering zu achten scheint.

Am 9. Mai 2016 wurde der jetzige Präsident Rodrigo Duterte in sein Amt gewählt, der bereits zuvor die Katholische Kirche «die scheinheiligste Institution» genannt hatte.

Als die Katholische Kirche 2016 Kritik an seiner harten Drogenpolitik übte, durch die bereits hunderte zu Tode gekommen waren, **bezeichnete er deren Klerusmitglieder als «Hurensöhne».**

In diese Stimmungslage passt es, dass das Katholische Mediennetzwerk des Landes um die Verlängerung seiner Radiolizenzen und letztlich um seinen Fortbestand bangen muss.

Duterte plant zudem eine Überarbeitung der Verfassung des Landes, und es ist zu befürchten, dass die Philippinen sich von der Demokratie weg- und zu einer Autokratie hinbewegen. Diese Gefahr betont etwa auch ein Bericht aus US-Geheimdienstkreisen.

In diesem Gesamtzusammenhang einer Spannung zwischen Regierung und Bevölkerung sind die existenziellen Sorgen der Christen im Süden des Landes, wo der muslimische Bevölkerungsanteil höher ist, zu sehen: Dort, besonders auf der Insel Mindanao, werden sie immer wieder von radikalen Muslimen angegriffen, die ihrerseits von indonesischen Extremisten unterstützt werden. _

Syrien

Binnenflüchtlinge im Lager Yarmouk, Damaskus, warten auf die Essensausgabe.

Der bereits 2011 begonnene Krieg geht weiter. Die Christen, deren Anteil an der Bevölkerung auf mittlerweile auf unter 5% geschrumpft ist, stehen oft zwischen den Fronten: Islamistische Gruppen, allen voran das Bündnis Hai'at Tahrir asch-Scham (dem auch die frühere Nusra-Front angehört) und der sogenannte Islamische Staat, bekämpfen nicht nur die Asad-Regierung, sondern, da sie eine streng islamische Ordnung einführen wollen, auch alle Nichtmuslime.

Hierbei muss erwähnt werden, dass auch gemässigte aufständische Gruppen beim gemeinsamen Kampf gegen Asad von Zeit zu Zeit taktische Kooperationen mit den Islamisten eingehen und somit an schweren Verbrechen an religiösen Minderheiten mitschuldig werden.

Zudem vertreiben im Norden des Landes kurdische Volkschutzeinheiten (YPG), die dort die regionale Macht errungen haben, immer wieder Christen aus ihren Häusern, um diese anschliessend zu plündern. Auf der Seite der Asad-Regierung hingegen kämpfen immer mehr ausländische Schiiten, und **Christen in Damaskus werden gezwungen, ihnen ihre Häuser zu verkaufen**.

Dies, wie etwa auch eine Anordnung vom April 2018, der gemäss Private ihr Grundeigentum binnen 30 Tagen registrieren lassen müssen, womit der Staat die Möglichkeit hat, Eigentum zu beschlagnahmen, lassen vermuten: **Die Regierung verfolgt die Strategie, immer mehr Schiiten im Land anzusiedeln, die ihrem unmittelbarem Einfluss unterstehen.**

Die Christen werden aufgrund dieser Prozesse immer weiter an den Rand gedrängt, obwohl sie innerhalb der Bevölkerung häufig durch besonders gute Ausbildung auffallen. Letzteres ist aber für viele ein Grund mehr, das Land zu verlassen. _

Nordkorea

Die «katholische» Kirche Jangchung ist als eine Art Potemkinsche Kulisse für ausländische Besucher zu verstehen. Es finden Gottesdienste statt, aber ohne Priester und ohne jegliche Verbindung zur Weltkirche.

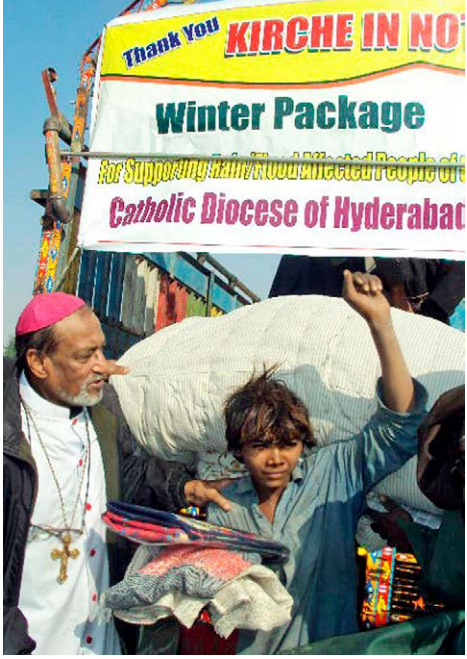
2014 berichtete die UNO: «Insbesondere die Verbreitung des Christentums wird vom Staat als ernste Bedrohung wahrgenommen, da es den offiziellen Personenkult ideologisch in Frage stellt und eine Plattform für die soziale und politische Interaktion ausserhalb staatlicher Einflussbereiche bietet. Ausser an ein paar wenigen, staatlich kontrollierten Kirchen ist es Christen verboten, ihre Religion auszuüben, und sie werden verfolgt. Menschen, die bei der Ausübung der christlichen Religion entdeckt werden, drohen harte Strafen unter Missachtung des Rechts auf Religionsfreiheit…»

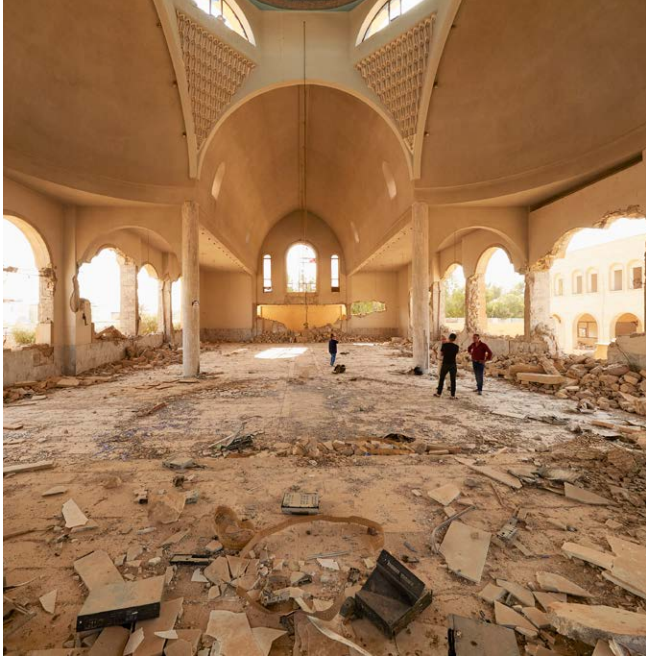
Gemäss Befragten, denen in letzter Zeit die Flucht aus dem Land gelang, hat sich die Religionsfreiheit seither sogar noch verschlechtert. Am schärfsten bekämpft das Kim-Regime Christen. Von den drei Klassen, in das es die Gesellschaft einteilt – Loyale, Unentschlossene und feindlich Gesonnene –, gehören Christen allesamt der untersten Klasse an.

Man muss damit rechnen, dass 25% von ihnen in Konzentrationslagern inhaftiert sind, die meisten davon in einem gesonderten Bereich, wo noch schlimmere Verbrechen verübt werden und ein Überleben noch schwieriger ist.

Wer aus dem Land flüchten kann, gelangt nach China, doch China führt nordkoreanische Flüchtlinge gewaltsam zurück – ein Verstoss gegen das internationale Non-Refoulement-Prinzip.

Stehen solche zurückgeführten Flüchtlinge in Verdacht, in China Kontakt zu christlichen Missionaren gehabt zu haben, droht ihnen ein besonders schweres Schicksal. _





«Ich habe aus ‹Kirche in Not› eine Schule der Liebe gemacht. Miteinander haben wir gelernt, den Armen zu helfen und bessere Menschen zu werden, die ihre Liebe zu Gott in der Sorge für die Nächsten konkret werden lassen.»

Pater Werenfried van Straaten, Gründer von «Kirche in Not (ACN)»

Mit ihrer pastoralen Berufung bringt «Kirche in Not» das Wort Gottes dorthin, wo es Kriege, Intoleranz, Gewalt und Ungerechtigkeit gibt. Wenn die Christen dort ermutigt werden, gemäss den Lehren von Jesus zu leben, können sie die Logik der Verfolgung durchbrechen und den Frieden zwischen den Völkern herstellen.

Helfen Sie uns

bei unserem Einsatz für die verfolgten Christen. Die Schweizer Bischofskonferenz empfiehlt das Hilfswerk für Spenden.

ACN

«Kirche in Not (ACN)» ist ein internationales katholisches Hilfswerk päpstlichen Rechts, das 1947 von Pater Werenfried van Straaten (Speckpater) als «Ostpriesterhilfe» gegründet wurde. Es steht mit Informationstätigkeit, Gebet und Projektarbeit für bedrängte und Not leidende Christen in rund 150 Ländern ein. Seine Projekte sind ausschliesslich privat finanziert. Das Hilfswerk wird von der Schweizer Bischofskonferenz für Spenden empfohlen.

Cysatstrasse 6 | CH-6004 Luzern
T 0041 (0)41 410 46 70
mail@kirche-in-not.ch | www.kirche-in-not.ch